



Chance zu einem Neuanfang in NRW

Seit der NRW-Wahl steht fest: Wir haben in Deutschland ein Fünf-Parteien-System. Regierungsbildungen werden deshalb in Zukunft nicht nur schwieriger, sondern sie brauchen auch mehr Zeit. Und noch etwas steht seit der Wahl fest: Die von der Politik – nicht nur von Schwarz-Gelb, sondern auch bereits von Rot-Grün – geförderte Umverteilung von unten nach oben hat keine Mehrheit mehr. Deshalb bietet die NRW-Wahl die Chance für einen Neuanfang: Sie bietet die Chance zu einer ehrlichen Diskussion über die Frage, wie viel Staat wir in Zukunft brauchen, damit unsere Gesellschaft nicht immer mehr auseinanderfällt. Und über die Frage, wie wir diesen Staat finanzieren wollen.

Diese Botschaft ist offenbar auch in Berlin bereits angekommen: Das bislang von der Bundesregierung geplante Steuererleichterungsprogramme für Reiche und die vor allem von der FDP geforderte Einführung einer Kopfpauschale in der Krankenversicherung wurden unmittel-

bar nach Schließung der Wahllokale an Rhein und Ruhr von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bereits gekippt. Ein Grund zum Jubeln ist das Wahlergebnis dennoch nicht, denn nahezu zeitgleich mit dem Wahlergebnis sind nicht nur die Steuerschätzung für die kommen-

den vier Jahre bekannt geworden, sondern auch der Umfang der dramatischen Rettungsaktion für den Euro.

Auf 39 Milliarden Euro summieren sich bis Ende 2013 allein die Steuerausfälle durch die noch immer nicht überwundene Finanzmarktkrise. Weitere 750 Milliarden kosten die Kreditzusagen zur Stabilisierung des Euro und zumindest ein Teil davon wird in harter Währung fließen. Auch aus Nordrhein-Westfalen. Und als wenn das alles nicht längst genug wäre, beginnt im kommenden Jahr auch noch die erste Stufe der Schuldenbremse zu greifen.

Noch ist unklar, wie die riesigen Mehrkosten bei gleichzeitig sinkendem Steueraufkommen finanziert werden sollen. Aber eins steht auch vor Abschluss der entscheidenden Koalitionsverhandlungen in Düsseldorf bereits fest: Am öffentlichen Dienst wird die jetzt beginnende Auseinandersetzung um die Verteilung der knapper werdenden finanziellen Möglichkeiten des Staates nicht spurlos vorbeigehen. Auch nicht an der Polizei.

Wenn die Gewerkschaften nicht in eine Defensivsituation geraten wollen, bei der es nur noch um die Verteilung von Zumutungen geht, sind sie deshalb klug beraten, wenn sie frühzeitig ihre eigenen Forderungen auf den Tisch legen. Und das heißt: Wenn sie öffentlich für ein Wiedererstarken des Staates eintreten. Für Steuereinnahmen, von denen sich die notwendigen Ausgaben des Staates auch finanzieren lassen. Und für eine gerechte Finanzierung der Lasten, damit es am Ende nicht erneut die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, die die Kosten der Finanzmarktkrise alleine schultern müssen, denn das würde das Ergebnis der Landtagswahlen in ihr Gegenteil verkehren.



Fotos: Manfred Vollmer

Nur zwei Wochen vor der auch bundesweit beachteten Landtagswahl in NRW hatten Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und seine sozialdemokratische Herausforderin Hannelore Kraft auf dem Landesdelegiertentag der GdP in Dortmund noch einmal für ihre Zukunftsvisionen geworben. Mehr zum Landesdelegiertentag 2010: Seiten 3 – 6.

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Die Gewerkschaften sind zudem klug beraten, wenn sie frühzeitig ihre fachlichen Anforderungen an die künftige Landesregierung formulieren. Die GdP hat deshalb bereits weit im Vorfeld möglicher Koalitionsverhandlungen den Parteien gegenüber ihre Forderungen zur Stärkung der Inneren Sicherheit, zur Personalausstattung der Polizei, zur Reform des Öffentlichen Dienstrechts, zur Einführung eines flächendeckenden Gesundheitsmanagements und zur Organisationsstruktur der Polizei vorgelegt.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch wegen der drohenden Überalterung der Polizei. Am Ende der gerade erst beginnenden Legislaturperiode, im Jahre 2015, werden 47 Prozent aller Polizeibeamten 50 Jahre oder älter sein. Die Zahl der aus Altersgründen ausscheidenden Polizeibeamten wird bis dahin auf 1300 pro Jahr hochschnellen. 2020 wird die Pensionierungszahl sogar bei 2000 Polizeivollzugsbeamten liegen. Die GdP hat deshalb die Parteien aufgefordert, die Einstellungszahlen bei der Polizei endlich an die Realität anzupassen. Um eine flächendeckende Schließung von Polizeiwachen zu verhindern, müssen die Einstellungszahlen sofort von 1100 auf 1500 Polizeianwärterinnen und -anwärter erhöht werden. Ab 2015 sind sogar 2000 Neueinstellungen pro Jahr notwendig.

Zu den Forderungen der GdP für die kommende Legislaturperiode zählt auch die Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Die GdP fordert ein modernes Mitbestimmungsrecht, das den in den vergangenen Jahrzehnten stark veränderten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst gerecht wird.

Jetzt den Blick auf das Wesentliche konzentrieren

Selten ist eine Landesregierung so abgestürzt, selbst die Demoskopien hatten nicht damit gerechnet. Denn so schlecht war die Bilanz von Jürgen Rüttgers nicht. Jedenfalls nicht aus Sicht der Polizei. Aber die Wähler haben anders entschieden. Sie haben sich gegen eine Politik entschieden, die auch zwei Jahre nach Beginn der Banken- und Finanzmarktkrise die Spekulanten noch immer nicht in die Schranken gewiesen hat. Sie haben sich gegen eine Politik entschieden, die die Selbstbereicherung der Banken und der großen Unternehmen zum Teil erst möglich gemacht hat.



Denn die Wähler haben gewusst, dass es in NRW um die alles entscheidende Frage geht, wer für die Kosten der Finanzmarktkrise aufkommen muss. Ob wir es sind, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft, die Rentner und die Arbeitslosen, die am Ende die Zeche dafür zahlen müssen, dass ein ungezügelter Finanzmarktsektor vollkommen aus dem Ruder gelaufen ist. Oder ob diejenigen, die Verantwortung für dieses Desaster tragen, selber für die Kosten ihres Scheiterns aufkommen müssen.

Seit der NRW-Wahl wissen wir, dass diese Frage zumindest offen ist. Dass noch nicht vor vornherein klar ist, dass wir es sein werden, die die Kosten für dieses Desaster tragen müssen. Aber die Auseinandersetzungen über diese Frage wird schon bald in unvermittelter Härte erneut auf uns zukommen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt zusammenstehen. Dass nach der Landtagswahl nicht alles in ein kleinkariertes Gefeilsche um ein paar Interessen hier und ein paar Interessen dort mündet, sondern das wir das Große und Ganze im Auge behalten: den Kampf um mehr Gerechtigkeit. Und dass wir uns darauf konzentrieren, dass diese Gesellschaft nicht immer mehr auseinanderdriftet. Dass diese Gesellschaft sich nicht immer mehr spaltet in diejenigen, die ohnehin genug haben, und in die anderen, die trotz Arbeit nie zu etwas kommen werden. Aber wenn wir das verhindern können, ist mir um die Zukunft nicht bange. Denn dann war die Landtagswahl in NRW der Aufbruch in eine neue Zeit. In eine Zeit, in der das Gewicht der Gewerkschaften wieder etwas zählt.

Frank Richter

GdP-Mitglieder im Landtag

Wenn der neue Landtag am 9. Juni zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentritt, werden ihm erstmals auch vier Mitglieder der GdP angehören. Neben Werner Lohn (CDU), der bereits in der vergangenen Legislaturperiode dem Landtag angehört hat, gelang auch Andreas Bialas (SPD) für den Wahlkreis Wuppertal II, Christian Dahm (SPD) für den Wahlkreis Herford I und Wolfgang Exler (CDU) für den Märkischen Kreis II der Einzug ins Düsseldorfer Parlament.

Deutliche Unterschiede

Stimmen von allen Wählern und von Gewerkschaftsmitgliedern bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 (in Prozent)

■ CDU ■ SPD ■ Grüne ■ FDP ■ Die Linke ■ Andere

Alle WählerInnen:



Gewerkschaftsmitglieder*:



*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)
Quelle: Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des DGB-Infoservice einblick





Fotos: Manfred Vollmer

Zukunftsvisionen für die kommenden vier Jahre

Beschlüsse und Entscheidungen des Landesdelegiertentags 2010

Dass der politische Gestaltungsspielraum in Zukunft kleiner wird, auch bei der Inneren Sicherheit, hat sich bereits lange vor der Landtagswahl in NRW und dem fast gleichzeitig beschlossenen 750 Milliarden Euro schweren Rettungspaket für die europäische Währung abgezeichnet. Der Landesdelegiertentag der GdP vom 20. bis 22. April in Dortmund hat sich davon unbeeindruckt gezeigt. Mit einer Vielzahl von Anträgen zur Inneren Sicherheit, zur Arbeit der Polizei und zur Situation der Beschäftigten im Polizeibereich hat die GdP eine eigene Reformagenda vorgelegt, an der sich auch die künftige Landesregierung messen lassen muss.

Für politische Debatten sorgen dürften vor allem Anträge zur Eindämmung der Gewalt gegen Polizisten, zur Forderung nach einem Fahrverbot für junge Gewalttäter, zum Einsatz elektronischer Fußfesseln und zum Verbot fremdsprachiger Naziparolen. Wichtige politische Signale gehen auch von den Leitanträgen

zur Modernisierung des Dienstrechts in NRW, zum Gesundheitsmanagement bei der Polizei und zur Änderung des Landespersonalvertretungsrechts aus.

Im Leitantrag „Polizei im Spektrum der Gewalt“ fordert die GdP die Einführung einer Mindeststrafe bei Übergriffen

auf Polizeibeamte. „Die Gewalt gegenüber Polizei- und Vollstreckungsbeamten hat ein Ausmaß erreicht, das ein unverzügliches Handeln unverzichtbar macht. Die Polizeibeamten, die jeden Tag

→ Seite 4

Generationswechsel eingeleitet

Gewerkschaften leben von der Arbeit der politisch Aktiven und von der Fähigkeit, frühzeitig einen Nachfolger für ehrenamtliche Funktionäre aufzubauen, die aus beruflichen oder aus Altersgründen aus ihrem Amt ausscheiden. Insofern war der Dortmunder Landesdelegiertentag auch eine Zäsur, die einen Generationswechsel bei der GdP eingeleitet hat. Denn mit Lorenz Rojahn (BV Münster), Wolfgang Spies (BV Düsseldorf), Michael Mertens (BV Köln) und Volker Huß (BV Detmold) sitzen, wie bereits in der Mai-Ausgabe berichtet, im elfköpfigen Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GVS) gleich vier neue Gesichter. Weitere drei in Dortmund wiedergewählte GVS-Mitglieder werden dem Vorstand zudem aus Altersgründen nicht die volle Legislaturperiode angehören: Peter Hugo, Werner Dominke und Brigitte Herrschaft. Nur Frank Richter, Arnold Plickert, Heinrich Senkowski und Karl-Heinz Kochs stehen dem Landesbezirk die ganzen vier Jahre zur Verfügung. Ausgeschieden ist in Dortmund zudem der langjährige Vorsitzende des Landesbezirkskontrollausschusses der GdP, Rainer Rudnik. Mitglieder des Gremiums sind in den kommenden vier Jahren Helmut Dillmann und Thomas Maday (BV Arnsberg), Dieter Olms und Wolfgang Huber (BV Aus- und Fortbildung), Rainer Koch und Karlheinz Schulmann (BV Detmold), Manfred Böhm und Peter Plate (BV Düsseldorf), Peter Sebastian und Franz Jansen (BV Köln) sowie Hartmut Rulle und Ute Stehr (BV Münster).



LANDESDELEGIERTENTAG



Fortsetzung von Seite 3

ihre Knochen für die Sicherheit der Bürger erhalten, haben ein Recht, dass sich der Staat schützend vor sie stellt, wenn sie selber von Gewalttätern angegriffen werden“, heißt es in der Begründung des Antrags.

Ausdrücklich spricht sich die GdP für die Einführung einer Mindeststrafe aus, lehnt aber die Heraufsetzung des Höchststrafmaßes ab. „Es ist völlig unzureichend, wenn politisch Verantwortliche zwar die Milde der Gerichte bei der Ahndung von Gewalttaten gegenüber Polizeibeamten beklagen, sich aber gegen die Einführung von entsprechenden Mindeststrafen aussprechen. Wir brauchen eine Mindeststrafe, um zu verhindern, dass Gewaltangriffe von den Gerichten weiterhin nur als Bagatelldelikte gehandelt werden“, heißt es im Antrag A 1. Auch die Diskussion um die Heraufsetzung der Höchststrafe sei unverständlich. „Wenn die jetzigen Möglichkeiten des Strafmaßes nicht ausgeschöpft werden, so wird es bei neuen Höchstgrenzen noch viel weniger der Fall sein“, stellt die GdP fest. Die Einführung einer Mindeststrafe sei deshalb „wesentlich zielführender als die parteipolitisch motivierte Diskussion neuer Höchststrafen“.

Bereits seit längerem fordert die GdP zudem, dass der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte mit Hilfe eines eigenen Strafrechtsparagrafen gehandelt werden soll. Der neue Paragraf 115 soll auch bei gewalttätigen Übergriffen auf Feuerwehrleute gelten. Auch hierzu haben die Delegierten einen eigenen Antrag beschlossen (A 7).

Zudem hält die GdP mehr Initiativen gegen die zunehmende Gewalt bei Fußballspielen für erforderlich. Die Verantwortungsträger in der Politik, bei den Fußballverbänden, den Vereinen, der Deutschen Bahn und in den Städten müssten stärker in die Pflicht genommen werden. Auch der zunehmenden Jugendgewalt will die GdP stärker entgegentreten. Zu deren Eindämmung müssten „alle zur Verfügung stehenden jugendpräventiven Mittel intensiviert und die hierfür erforderlichen sächlichen und personellen Mittel zur Verfügung gestellt werden“.

Schnellere Ahndung von Straftaten

Neben der Stärkung der Präventionsarbeit tritt die GdP für eine schnellere Ahndung von Straftaten ein. Insbesondere bei jungen Intensivstraftätern müsse die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendbehörden und den Gerichten intensiviert werden, damit zwischen dem Begehen der Straftat und dessen rechtlicher Ahndung nicht Monate vergehen. Eine große erzieherische Wirkung verspricht sich die GdP zudem von der Verhängung von Fahrverboten für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende auch bei verkehrsfremden Straftaten. „Für viele Jugendliche und Heranwachsende ist Mobilität von großer Bedeutung, dem Fahren von Kraftfahrzeugen kommt ein erheblicher Prestigewert zu. Eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit straffällig gewordener Jugendlicher und Heranwachsender aufgrund eines Fahrverbotes verspricht eine deutlichere Wirkung als eine Geld- oder Freiheitsstrafe“, stellt die GdP fest.

Im Erwachsenenstrafrecht fordert die GdP in Fällen, in denen ein Straftäter eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßt oder sich auf seine Entlassung vorbereitet, den Einsatz der elektronischen Fußfessel. „In NRW gibt es eine Vielzahl von Häftlingen, die nur deshalb inhaftiert wurden, weil sie ihre Geldstrafe nicht zahlen konnten. Diese Häftlinge haben im Gefängnis nichts zu suchen“, heißt es in der Begründung zum Antrag A 9. Für sie sei eine Überwachung durch eine elektronische Fußfessel eine sinnvolle Alternative. Das gelte umso mehr, „als damit vermieden wird,



LANDESDELEGIERTENTAG

dass diese Häftlinge in einen Abwärtsstrudel geraten, den ein Gefängnisaufenthalt oft zwangsläufig mit sich zieht.“

Im Antrag A 9 fordert die GdP, dass auch die Verbreitung fremdsprachiger Naziparolen unter Strafe gestellt wird. Hintergrund der Forderung ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom August vergangenen Jahres, bei der ein Neonazi freigesprochen worden war, auf dessen T-Shirt der Schriftzug „Blood and Honour“ prangte. Für die GdP ist es nicht hinnehmbar, dass die Verbreitung des Leitspruchs „Blut und Ehre“ der Hitlerjugend nur deshalb straffrei bleiben soll, weil er ins Englische übersetzt worden ist.

Nur als Arbeitsmaterial für den Vorstand angenommen wurde von den Delegierten der verkehrspolitische Leitantrag. Darin war neben der Einführung der Halterhaftung für den fließenden Verkehr und einem Überholverbot für LKW auf zweispurigen Autobahnen auch eine Feigabe der Standspur bei Staus gefordert worden. Dagegen regte sich auf dem Delegiertentag Widerspruch.

Leitanträge zum öffentlichen Dienstrecht und zum Gesundheitsmanagement

Die in Dortmund versammelten Vertreter der GdP haben aber nicht nur über Handlungsbedarf bei der Inneren Sicherheit diskutiert, sondern auch beim Arbeitsplatz Polizei. Im Leitantrag zur Modernisierung des Öffentlichen Dienstrechts (A 3) fordert die GdP, dass das Land die durch die Föderalismusreform entstandenen Chancen für die Schaffung einer funktions- und aufgabengerechten Besoldung nutzt. Weil der öffentliche Dienst in wenigen Jahren nicht nur mit der Privatwirtschaft, sondern auch untereinander um die knapper werdende Zahl der Schulabgänger konkurrieren wird, braucht das Land ein modernes Dienstrecht, das den gewandelten Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht wird. Dazu gehören nach Meinung der GdP auch Möglichkeiten eines flexiblen Übergangs in den Ruhestand. Zudem müssten bei einem Wechsel aus einem Beamtenverhältnis in die Privatwirtschaft die bis dahin erworbenen Versorgungsansparungen erhalten bleiben.

Unter dem Titel „Den demografischen Wandel gestalten“ fordert die GdP zudem einen grundlegenden Kurswechsel in der Personalpolitik der Polizei (Leitantrag B 5). Das Land müsse nicht nur die Einstellungszahlen an den tatsächlichen Bedarf anpassen, sondern auch auf das steigende Durchschnittsalter der Beschäftigten bei der Polizei reagieren. Es bestehe dringender Handlungsbedarf, weil „Streifenwagenbesatzungen, deren Durchschnittsalter deutlich über 50 Jahre liegt, schon bald nicht mehr die Ausnahme, sondern in vielen Polizeibehörden die Regel sein werden“. Besorgniserregend sei auch der extrem hohe Krankenstand.

Neben der Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei fordert die GdP auch eine Faktorisierung der Arbeitszeit, die den unterschiedlichen Belastungen im Polizeiberuf gerecht wird. Polizeibeamtinnen und -beamte, die im Wach- und Wechseldienst eingesetzt werden, könnten dadurch früher aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden. Überstunden sollen auf ein Lebensarbeitszeitkonto gutgeschrieben werden.

Nachholbedarf sieht die GdP zudem bei der Besoldung. Das Einkommensniveau des öffentlichen Dienstes müsse wieder an die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung herangeführt werden. „Der Verweis auf leere Haushaltskassen und die von der Politik sich selbst auferlegte Schuldenbremse gelten



→ Seite 6





Fortsetzung von Seite 5

nicht als Argument, Beamtinnen und Beamten weiterhin als Sparschwein der Nation zu missbrauchen“, heißt es im von den Delegierten beschlossenen Antrag.

Kraft, Rüttgers, Schneckenburger, Wolf – viel politische Prominenz zu Gast

Zu politischen Debatten, vor allem in den Pausen, haben auch die Beiträge der politischen Gäste gesorgt, zu denen neben Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und seiner sozialdemokratischen Herausforderin Hannelore Kraft auch die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Grüne, Daniela Schneckenburger, und Innenminister Ingo Wolf (FDP) gehörten. Später standen in einem Politiktalk auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Peter Biesenbach, die Innenpolitikerin Monika Düker (Bündnis 90/Grüne), ihre Kollegen Ralf Jäger (SPD) und Horst Engel (FDP), der DGB-Landesvorsitzende Guntram Schneider und GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg den Delegierten Rede und Antwort. Nachhaltige Diskussionen hatte es vor allem über einen Vorschlag von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers gegeben, der Polizei bei kleineren Delikten wie Schwarzfahren, Ladendiebstahl, Sachbeschädigung oder Unfallflucht auch die Funktion der Anklagebehörde zu geben, um so die Strafverfolgung zu entbürokratisieren und zu beschleunigen.

Grundsatzrede des Vorsitzenden

Bereits zu Beginn des Delegiertentags hatte Landesbezirksvorsitzender Frank Richter in einer Grundsatzrede darauf hingewiesen, dass die kommenden Jahre für die Gewerkschaften nicht einfach sein werden, aber die GdP werde sich den auf sie zukommenden Auseinandersetzungen um die Verteilung der knapper werdenden öffentlichen Mittel stellen.

Richter erinnerte daran, dass auch die vergangenen vier Jahre nicht immer einfach gewesen sind, aber die GdP habe sich am Ende durchgesetzt. Als Beispiel dafür nannte er die Verdoppelung der Einstellungszahlen und das Ergebnis der letzten Tarifrunde im öffentlichen Dienst. „Es ist die GdP gewesen, die mit ihrer Aktion 5000 plus dafür gesorgt hat, dass die Einstellungszahlen bei der Polizei in NRW von 500 auf 1100 gestiegen sind“, sagte Richter. „Dass heute der Erfolg viele Väter hat, ist selbstredend“, ergänzte er. „Selbst diejenigen, die uns zwei Jahre vorher als Fantasten bezeichneten, schreiben sich heute diesen Erfolg auf die Fahnen. Aber wenn es darum gehen würde, ein Kapitel in einem Buch über gewerkschaftliche Aktivitäten zu schreiben, die von Erfolg gekrönt sind, wäre unsere Aktion 5000 plus das Musterbeispiel dafür, wie man durch gemeinsames und solidarisches Zusammenarbeiten erfolgreich sein kann.“ In seiner Rede warnte der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende zugleich davor, diesen Erfolg kleinzureden. „Wenn heute selbst Mitglieder uns sagen, ‚Na klar, Irgendwann hätte es mehr Einstellungen geben müssen‘, lohnt sich ein Blick in die Nachbarländer. Dort wird weiterhin massiv Polizei abgebaut.“ Zur aktuellen Personalsituation ergänzte er: „Doch, dass eines ganz klar ist: Auch 1100 reichen nicht aus, 1500 Neueinstellungen pro Jahr sind unser Ziel.“

Auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen 2008/2009 wertete Richter als einen bemerkenswerten Erfolg, indem er noch einmal an die Rahmenbedingungen erinnerte, unter denen der Abschluss zustande gekommen war: „Die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen dieser Republik steuerte ihrem Höhepunkt entgegen, Banken gingen in den Konkurs, Quelle war pleite, Karstadt und Opel standen vor der Insolvenz und mehr als jeder zweite Großbetrieb beantragte Kurzarbeit, bei vielen Betrieben drohten Massenentlassungen. Unsere Forderungen lagen auf dem Tisch – acht Prozent mehr. Das Ergebnis ist euch allen bekannt, 5,4 sind es geworden.“

Wenn die GdP diese Kraft auch in Zukunft finde, sei ihm nicht bange. Dann werde die kommende Zeit eine Zeit der Gewerkschaften.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Neue Strukturen

Nur wer sich ändert, bleibt sich treu: Dem Landesdelegiertentag in Dortmund haben auch mehrere Anträge zur Veränderung der Organisationsstruktur der GdP vorgelegen. Im Zentrum der Anträge ging es um die Frage, wie die mittlere Ebene des Landesbezirks organisiert werden soll, nachdem die Bezirksregierungen ihre Funktion für die Polizei verloren haben. Der Delegiertentag hat den Landesbezirksvorstand beauftragt, hierzu eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Über deren Empfehlungen soll bis spätestens Juni 2013 ein Satzungsdelegiertentag entscheiden.

Veränderungen gibt es auch bei den Landesfachausschüssen. In Zukunft wird es nur noch zwei ständige Kommissionen geben: eine Tarifkommission und eine Haushalts- und Finanzkommission. Für alle anderen Sachthemen können der Landesbezirksvorstand und der GVS anlassbezogene Kommissionen bilden. Mit der neuen Organisationsstruktur will der Landesbezirk schneller auf aktuelle Themen und Fragestellungen reagieren.



GdP fordert Ende der Privatisierung

Seit April wird die Einsatzverpflegung der Polizei von vier privaten Anbietern durchgeführt (Bereich Dortmund: Firma Stolzenhoff, Lünen; Bielefeld: cooks more, Bielefeld; Köln/Essen: Erftal-Bäcker, Niederzier; Düsseldorf: Münchhausen, Düsseldorf; Münster: kein Anbieter gefunden). Gemäß der Leistungsbeschreibung gewährleisten die Firmen bei Sofortlagen eine Ad-hoc-Verpflegung sowie den Transport, die Ausgabe der Einsatzverpflegung sowie die spätere Entsorgung der Essensreste.

Nach den ersten Wochen mit dem neuen System haben die GdP massive Beschwerden erreicht. Der Inhalt der Verpflegungsbeutel steht in keinem Verhältnis zur Einsatzdauer und -belastung der Kolleginnen und Kollegen. Einige Beispiele: Schnitzel bzw. Chicken-Nuggets sind ungenießbar, da sie von dicker, trockener Panade umgeben sind. Die mitge-

lieferten Salate schwimmen in Öl, Essig und Mayonnaise, wenn diese nicht bereits im Beutel ausgelaufen sind. Für beigelegte Brötchen wird kein Belag (Wurst oder Käse) mitgeliefert. Obst wird nur in sehr geringen Mengen gereicht. Ernährungswissenschaftliche Gesichtspunkte spielen bei den privaten Caterern offenbar keine Rolle.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat das Vorgehen des Innenministeriums scharf kritisiert. „Wieder einmal zeigt sich, dass die Philosophie ‚Privat vor Staat‘ bei der Polizei nicht greift. Die



Alles andere als gesund: ein typischer Frühstücksbeutel, wie er von den privaten Caterern angeliefert wird.

GdP fordert, dass der Privatisierungsversuch umgehend beendet und die Versorgung der Einsatzkräfte wieder durch polizeieigene Küchen gewährleistet wird.

Anzeige

	<p>ab 49,-</p> <p>Externe Festplatten</p>		<h2>Jetzt bestellen</h2> <p>Rufen Sie uns an 02921-99-3020</p> <p>MONTAG - FREITAG 9⁰⁰ Uhr bis 17⁰⁰ Uhr</p> <p>Targa Outlet - Lange Wende 41 - 59494 Soest</p>	
		<p>ab 89,-</p> <p>DVD- Festplattenrekorder</p>		<p>ab 6,-</p> <p>Maus- / Tastatursets</p>
<h2>Öffnungszeiten</h2> <p>MONTAG 10⁰⁰ Uhr DIENSTAG bis 16⁰⁰ Uhr MITTWOCH</p> <p>DONNERSTAG 9⁰⁰ Uhr FREITAG bis 18³⁰ Uhr</p>	<p>ab 39,-</p> <p>Digitalkameras</p>		<p>LCD-TV</p>	<p>ab 19,-</p> <p>DVD-Player</p>
		<p>ab 55,-</p> <p>Navigationsgeräte</p>		

Notebooks | LCD TV | PCs | TFTs | DigiCams | Home Entertainment
 + WWW.TARGA.DE + RESTPOSTEN + B-WAREN + GEPRÜFTE GEBRAUCHTGERÄTE +



Nun also doch: Eigene Gewaltstudie für NRW

Nach dem parteipolitisch motivierten Ausstieg von NRW aus der bundesweiten Gewaltstudie Ende vergangenen Jahres hatte die GdP den scheidenden Innenminister Ingo Wolf (FDP) noch gelobt, dass er als Ersatz für die gescheiterte Beteiligung von NRW an der bundesweiten KFN-Studie eine eigene Gewaltstudie auf den Weg bringen wollte, doch dann wollte sich Wolf lange Zeit nicht an dieses Versprechen erinnern. Inzwischen ist der Weg frei: Ende April, kurz vor der Landtagswahl, hat Wolf im Innenministerium eine Projektgruppe mit der Planung, Vorbereitung und Umsetzung ei-

ner NRW-weiten Gewaltstudie beauftragt. Die GdP hat die Entscheidung des Innenministers begrüßt. „Über die Ursachen der zunehmenden Gewalt gegen Polizisten ist relativ wenig bekannt. Die letzte wissenschaftliche Studie stammt aus dem Jahr 2000 und ist damit kaum noch aussagekräftig. Die jetzt gestartete Studie ist deshalb mehr als überfällig“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. Die GdP verspricht sich von der Studie Erkenntnisse, wie die Zahl der jährlich mehr als 5700 Übergriffe auf Vollzugsbeamte alleine in NRW nachhaltig reduziert werden kann.

Gewalt nicht nur bei Problemfans

Gewalt in Fußballstadien geht nicht nur von der relativ kleinen Gruppe der Problemfans aus, sondern springt zunehmend auch auf andere Fangruppen über. Das zeigen die schweren Ausschreitungen in Bochum, Bremen und Düsseldorf am letzten Spieltag der Bundesliga. Nach dem Abstieg des VFL Bochum aus der 1. Bundesliga hat es ein Ausmaß an Gewalt gegeben, „wie es das in Bochum noch nie gegeben hat“, hatte Polizeisprecher Axel Pütter erklärt. Enttäuschte Fans hatten mit Steinen, Stühlen und Toilettendeckeln um sich geworfen und dabei 66 Menschen verletzt, darunter auch drei Polizisten. In Düsseldorf hatten die Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Zweitliga-Klubs Fortuna Düsseldorf und Hansa Rostock sogar fast zum Spielabbruch geführt. Fans von Hansa Rostock hatten mitten im dicht gedrängten Zuschauerblock Berge von Feuerwerkskörpern gezündet und sogar den eigenen Torhüter mit bengalischem Feuerwerk angriffen. Am Abend des Spieltages kam es in der Düsseldorfer Altstadt zu einer Massenschlägerei, bei der 160 Fußballfans festgenommen werden mussten. 14 Polizeibeamte wurden verletzt.

„Die erneuten Auseinandersetzungen am Ende der diesjährigen Bundesliga-Saison zeigen, dass die Fußballvereine das Gewaltproblem noch immer verharmlosen“, sagte GdP-Landesvorsitzender Frank Richter nach den Krawallen. „Wenn die Vereine nicht mehr unternehmen, um die Gruppe der gewaltbereiten Ultras von den echten Fans zu trennen, schaden sie dem Fußball“, warnte Richter. „Die Ereignisse vom letzten Bundesligaspieltag zeigen, dass die bestehenden Sicherheitskonzepte überprüft werden müssen. Hierzu ist es erforderlich, dass es zu einem ständigen Dialog zwischen allen beteiligten Akteuren (DFB, Vereine, Polizei, Sicherheitsdienste, Deutsche Bahn, öPNV, Städtetag usw.) gibt.“ Gemeinsam mit Vertretern der Fan-Szene, des DFB und Einsatzleitern der Polizei wird die GdP zudem Anfang Juli in einem zweitägigen Workshop einen weiteren Versuch unternehmen, über neue Strategien zur Eindämmung der Gewalt bei Fußballspielen zu diskutieren.

Mehr Infos zum Workshop „Fußball ohne Gewalt“: www.gdp-nrw.de

Polizei zwischen den Fronten

Vier der 18 Einsatzhundertschaften aus NRW waren in diesem Jahr am 1. Mai erneut in Berlin im Einsatz. Dort waren sie auch an der Beendigung einer Sitzblockade gegen einen rechten Aufmarsch beteiligt, an der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) sowie mehrere Berliner Kommunal- und Landespolitiker von Bündnis90/Grüne und SPD teilgenommen hatten. Thierse hatte seinen Bundestagsausweis genutzt, um durch die Polizeisperrung hindurch zur Sitzblockade der Gegendemonstranten vorzudringen. Die Politiker beendeten ihre Sitzblockade erst, als die Beamten beginnen wollten, die Demonstranten von der Straße zu tragen.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter hat das Verhalten von Thierse scharf kritisiert. „Die GdP lehnt Rechtsextremisten entschieden ab. Rechtsextreme Parteien stehen außerhalb des Grundgesetzes. Aber bei Demonstrationen muss sich die Polizei politisch neutral verhalten. Sie muss auch die Demonstrationen von Rechtsextremisten schützen, so lange sie von den Gerichten nicht verboten sind“, sagte Richter. Dieses Dilemma ließe sich nicht auf dem Rücken der Polizei lösen, sondern nur dadurch, dass die Politik endlich die langjährige Forderung der GdP umsetzt und Demonstrationen, auf denen für neonazistische Ziele ge-



Fotos: Rüdiger Holecek

worben wird, verbietet, sagte Richter. Auch der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg hat das Verhalten von Thierse kritisiert. Trotz allem Verständnis für die Wut auf die Neonazis sei es „unerträglich, wenn Vertreter von Verfassungsorganen aus billigem Populismus gegen Recht und Gesetz verstoßen“.



Nach dem Winter ist vor dem Winter

GdP fordert neue Wintermütze für uniformierte Kräfte

Nach erfolgreichen Trageversuchen in Bielefeld, Mettmann und Krefeld läuft seit April die Auslieferung der blauen Uniform an die Polizeibehörden in NRW. Die neue Uniform muss nicht nur den Anforderungen an den jetzt beginnenden Sommer gerecht werden, sondern auch extremen Wintertemperaturen standhalten. Aber genau daran hapert es bei den Polizeimützen. Die GdP dringt deshalb auf Nachbesserung.

Blickt man zurück auf den letzten Winter, der von klirrender Kälte mit zweistelligen Minustemperaturen und extremen Schneefall geprägt war, versteht man die immer größer werdenden Klagen aus dem Wachdienst. Die Kolleginnen und Kollegen sehen sich für extreme Wetterbedingungen nicht mit der richtigen Kopfbedeckung ausgestattet. Nach der Grundausstattung der Dienstkleidungsordnung der Polizei NRW steht jedem Polizeibeamten im Wachdienst zwar eine weiße oder blaue Schirmmütze zu, diese Schirm-

mütze bietet jedoch keinerlei wärmende Wirkung. Dies ist aber bei niedrigen Temperaturen zwingend erforderlich. Nach der Dienstkleidungsordnung kann zwar optional zusätzlich zur Schirmmütze auch eine zusätzliche Wintermütze angeschafft werden, bei der sich zwei Fellklappen herunterklappen lassen, aber die Mütze gehört nicht zur Standardausstattung. Über ihre Anschaffung entscheiden die Behörden vor Ort. Sie müssen auch die Kosten dafür übernehmen. Für die GdP ist diese Vorgabe eine Fehlentscheidung. Landes-

vorsitzender Frank Richter: „Es ist nicht akzeptabel, dass die Wintermütze nur als optionales Kleidungsstück zur Verfügung steht. Jeder uniformierte Kollege muss mit einer Wintermütze ausgestattet werden, die bei den extremen Minustemperaturen schützt.“ Hinzu kommt, dass die jetzt vorhandene Wintermütze (im polizeilichen Sprachgebrauch auch „Russenumütze“ genannt) in großen Teilen der Belegschaft keine Akzeptanz genießt, weil sie als altmodisch und unmodern abgelehnt wird.

„Eine Wintermütze, die bei den Kolleginnen und Kollegen keine Akzeptanz findet, ist wertlos“ meint auch Arnold Plickert, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei. Deshalb muss die Zeit bis zum nächsten Wintereinbruch genutzt werden, um eine neue Wintermütze anzuschaffen.“

Nachgefragt

Polizeiinspekteur Dieter Wehe steht Rede und Antwort zur Wintermütze

Anfang April wurde die neue Uniform beim Polizeipräsidium Aachen der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie sind die bisherigen Erfahrungen aus dem Trageversuch in den drei Probebehörden?

Mit der neuen Uniform haben wir einen weiteren großen Schritt in Richtung Verbesserung der Ausstattung gemacht. Immer wieder äußern sich Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Bürger positiv. Die Farbänderung auf blau, vor allem aber das hochwertige Material und die guten Schnitte kommen sehr gut an. Dank einer logistischen Meisterleistung des LZPD, der betroffenen Behörden und Unternehmen klappt die Verteilung bisher ausgezeichnet.

Bietet die neue Uniform einen ausreichenden Schutz bei kaltem Wetter mit Minustemperaturen?

In den letzten Jahren sind moderne Materialien im Outdoor-Bereich entwickelt worden, die jetzt für die Außendienstuniform verwendet werden. Damit wird ein optimaler Schutz auch bei schlechtem Wetter gewährleistet.

Die GdP hat zum Teil andere Erfahrungen gemacht: Immer mehr Kolleginnen und Kollegen bemängeln das Fehlen einer Wintermütze für die Minustemperaturen.

Das Thema Wintermütze hat uns im letzten Winter besonders beschäftigt. Solch extrem kalte Temperaturen über einen längeren Zeitraum im ganzen Land hatten wir in der Vergangenheit nicht. Teilweise war den Kolleginnen und Kollegen aber gar nicht bekannt, dass sie mit Wintermützen ausgestattet werden können. Wir haben die fehlenden Informationen geliefert.

Von den Kollegen wird nicht nur das Fehlen einer Wintermütze bemängelt, sondern die vorhandene Mütze findet bei ihnen zum Teil keine Akzeptanz.

Zur aktuellen Wintermütze gibt es unterschiedliche Meinungen. Für mich sind vor allem die Erkennbarkeit als dienstliches Kleidungsstück und die Zweckmäßigkeit wichtige Kriterien.



Selbstverständlich muss die Mütze auch von den Kolleginnen und Kollegen, aber auch den Bürgern akzeptiert werden. Wo die Kosten für die „Winterausstattung“ verbucht werden, ist dann nachrangig. Entscheidend ist, dass alle betreffenden Kolleginnen und Kollegen für den Einsatz durch entsprechende Ausstattung optimal vor Kälte geschützt sind.

Mit unseren Regelungen in der sogenannten Dienstkleidungsordnung haben wir aktuell die Bedeutung der Uniform für das professionelle Auftreten noch einmal betont. Dazu gehört auch die Dienstmütze. Ich will da nicht drumherumreden: Die Fleece-mütze ist für mich keine Alternative zur derzeitigen Ausstattung.

Es gibt auch andere Alternativen, über die man nachdenken kann.

Wir denken bereits über Alternativen zur derzeitigen Wintermütze nach und werden die Anregung der GdP, eine Marktschau zu betreiben, aufgreifen.



Wir sind die GdP



Motorradfahren und Polizei? Und dann auch noch den Segen eines Pfarrers erbitten? Warum denn nicht! Für die GdP Dortmund gehört der jährliche Bikergottesdienst im Frühjahr fest ins Programm. In diesem Jahr waren 61 Maschinen dabei. Bei besserem Wetter wie vor zwei Jahren kommt auch schon mal mehr als die doppelte Teilnehmerzahl zusammen. Treffpunkt der GdP-Biker war am 9. Mai das Polizeipräsidium Dortmund. Von da aus ging es per Kolonnenfahrt nach Lütgendortmund, zum Aufbauen der Kräder vor der Bühne und zum Gottesdienst. Mit anschließender Ausfahrt in die Elfringhauser Schweiz.

„Bei uns fahren alle mit, vom 17-PS-Mädchenshopper über Harleys bis zur 300-PS-Cobra“, freut sich Volker Tolges von der GdP-Kreisgruppe über die gute Resonanz. „Schon die Fahrt zum Marktplatz war ein Spektakel. Die Kolonne zog sich mehr als 800 Meter auseinander. Der Sound produzierte Gänsehaut. Geil.“ Was die GdP-Biker von anderen Motorradtreffen unterscheidet? „Bei der Faszination Motorradfahren nichts. Aber wir kennen natürlich die Unfallgefahren aus einem anderen Blickwinkel. Deshalb hat auf der Tour niemand versucht, den Rennfahrer zu mimen. Niemand ist gestürzt. Alle sind mehr oder weniger zusammengeblieben und haben sich an den Scouts und den angebrachten Pfeilen orientiert.“ Ob die Bikerfahrt der Dortmunder GdP auch im kommenden Jahr wieder vom Präsidium nach Lütgendortmund geht, ist noch nicht entschieden. Aber es könnte schon sein. „Beim Dorffest sind wir natürlich eine Attraktion“, weiß Volker Tolges. „Auch mit dem alten Polizeipsche, der dieses Jahr die Bikerkolonne nach Lütgendortmund begleitet hat“.

Polizei der Zukunft

„Polizei der Zukunft – Zukunft der Polizei“, unter diesem Titel steht am 9. Juli in Düsseldorf eine gemeinsam vom GdP-Bundesvorstand und der Zeitung Behördenspiegel organisierte Tagesveranstaltung. Die Tagung ist Teil der Veranstaltungsreihe „Polizeitage 2010“, die außer in Düsseldorf auch in Hamburg, München, Hannover und Berlin mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten stattfinden.

In Düsseldorf werden Politiker, Wissenschaftler, Polizisten und Vertreter der GdP über die Zukunft des Polizeiberufes diskutieren. Zum einen soll der Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden, zum anderen sollen die Tagungsteilnehmer auch über die Notwendigkeit eines modernen Personalmanagements bei der Polizei diskutieren. Neben der Problematik der künftigen Entwicklung der Bewerberzahlen und deren Qualifikation geht es dabei auch um die veränderten Herausforderungen an die Personalpolitik vor dem Hintergrund von Demografie- und Migrationsentwicklung. Zudem soll über neue Anforderungen an die Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und -beamten diskutiert werden. Auch die Rolle privater Sicherheitsdienstleister im öffentlichen Ordnunggefüge wird auf der Tagung zur Sprache kommen. Mehr Infos: www.polizeitage.de/index.php?menu=D uess

Anzeigen

POLIZEI LEDERBLOUSON

Polizei-Lederblousons, für Damen und Herren aus eigener Herstellung nach Leistungsbeschreibung und TL gefertigt. Lagerbestände können mit und ohne Beschriftung geliefert werden. Zusätzliche Sonderausrüstung mit ausreißbarem Winterfutter. Zum Sonderpreis pro Stück von

135,-€

Fa. J. Häckel
Lederbekleidung / Lederhandschuhe
Buldernweg 37/39 · 48163 Münster
Tel.: 02 51 / 78 54 11 · Fax: 02 51 / 78 77 35

ETW im Siebengebirge
BH-Aegidienberg, 98 m²
Hochparterre, 3 Zimmer und
Wohnküche, Diele, Bad,
Abstellraum, Keller,
PKW-Abstellplatz, kleiner
Garten, Dachterrasse sowie
Gemeinschaftswäscherraum
von Privat zu verkaufen für
€ 139.000,-
Telefon 0 22 24/9 01 46 34

GdP aktiv

9. 6., konstituierende Sitzung des neu gewählten Landtags, Düsseldorf

11. 6., Beginn der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika

24. 6., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14.15 Uhr, Polizeigebäude Norbertstraße 165 (ehemalige Polizeischule), großer Sitzungssaal, Essen

5. 7., Follow-up Workshop zur Mitgliederentwicklung, Sprockhövel

9. 7., „Polizei der Zukunft – Zukunft der Polizei“, Fachveranstaltung innerhalb der Reihe „Polizeitage 2010“ von GdP und Behördenspiegel, Düsseldorf



So setzt Frau sich durch

Die jährliche Arbeitstagung des Landesfrauenvorstands stand in diesem Jahr am 3. und 4. Mai unter dem Leitgedanken „Frauen in Führungsfunktionen“. Auf der zweitägigen Tagung wurde intensiv über die Möglichkeiten diskutiert, welchen Beitrag die GdP leisten kann, um Frauen zur Übernahme von Führungsfunktionen zu bestärken. Eins der Ergebnisse: Vom 20. bis 22. September wird erstmals ein GdP-Seminar „So setzt Frau sich durch – Fit für Führungsfunktionen“ stattfinden.

In dem Seminar geht es um Strategien und Methoden, um sich als Frau in einer Führungsposition zu etablieren und zu behaupten. Das Seminar ist nicht nur für Frauen geeignet, die bereits in Führungsverantwortung stehen, sondern auch für diejenigen, die perspektivisch eine Führungsfunktion übernehmen wollen. Während der Arbeitstagung wurde intensiv

an der Weiterentwicklung der Seminarinhalte gearbeitet.

Auch das Thema betrieblich gegenderes Gesundheitsmanagement, mit dem die unterschiedlichen Arbeits- und Lebenssituationen von Frauen und Männern berücksichtigt werden (Gender Mainstreaming), wurde auf der Tagung behandelt. Zur gleichen Problematik wurde bereits auf der Landesfrauenkonferenz im

Oktober vergangenen Jahres ein Antrag eingebracht, der auf dem Landesdelegiertentag als Arbeitsmaterial zum Leitanspruch „Den demografischen Wandel gestalten“ des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes eingeflossen ist. Dieser und die weiteren Anträge des Landesfrauenvorstandes zum Landesdelegiertentag können in Kürze auf der Homepage des Landesbezirks nachgelesen werden.

Innere Sicherheit nach der Landtagswahl

Welche Auswirkungen hat der Regierungswechsel in Düsseldorf auf die Innere Sicherheit in NRW? Wie werden sich Situation und Stellenwert der Polizei in der kommenden Legislaturperiode verändern? Und wie ist der bis dahin ausgehandelte Koalitionsvertrag zu bewerten? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt eines Hotline-Seminars zur aktuellen Landespolitik, zu dem die GdP für den 14.

und 15. Juli nach Stenden/Niederrhein einlädt. Referenten der zweitägigen Tagung sind neben dem Polizeiwissenschaftler Prof. Dr. Hans-Jürgen Lange und dem GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter führende Innenpolitiker der fünf im neuen Landtag vertretenen Parteien.

Infos und Anmeldung:
christel.schmeling@gdp-nrw.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 6. Gerhard Grzeschik, Senden
- Waltraud Meiber, Hünstetten
- 6. 6. Franz Mattern, Siegen
- 9. 6. Theodor Schneider, Datteln
- 10. 6. Wilhelm Kaiser, Arnsberg
- 13. 6. Ilse Ebeling, Bonn
- 22. 6. Josef Hake, Detmold
- 24. 6. Elli Willuweit, Detmold
- 26. 6. Paul Konietzny, Eschweiler

91. Geburtstag

- 8. 6. Elfriede Wiese, Kall
- 15. 6. Gerda Strunk, Haan
- 26. 6. Otto Langenbach, Kreuztal

92. Geburtstag

- 2. 6. Willi Heppener, Düren
- 26. 6. Franz Brandes, Wermelskirchen

94. Geburtstag

- 27. 6. Elisabeth Hantke, Aachen

- 29. 6. Walli Helle, Dorsten
- Meinolf Thöne, Paderborn

95. Geburtstag

- 10. 6. Hans Fischer, Malchow
- 28. 6. Edmund Reuber, Dortmund

96. Geburtstag

- 8. 6. Hildegard Leinung, St. Augustin
- 13. 6. Wilhelm Blambeck, Oelde
- 17. 6. Hubert Häger, Remscheid
- 19. 6. Wilhelm Reuter, Dortmund

97. Geburtstag

- 13. 6. Anni Ostermeier, Paderborn
- 14. 6. Elisabeth Dehm, Mülheim
- 15. 6. Frida Boor, Münster

100. Geburtstag

- 7. 6. Richard Lehmann, Remscheid

102. Geburtstag

- 20. 6. Hilde Schwark, Wuppertal

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi.S.d.P.)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-174
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe
ist der 7. Juni.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Herbert Uebler verabschiedet



Foto: Andre Kloss

Mit einem Empfang im LAFP in Selm hat der GdP-Landesbezirk den langjährigen Vorsitzenden des Hauptpersonalrats der Polizei, Herbert Uebler (62), Anfang Mai in den Ruhestand verabschiedet. Herbert Uebler, der bis zum Landesdelegiertentag im April auch stellvertreten-

der Vorsitzender des Landesbezirks NRW war, ist mit 22 Jahren zur Polizei bekommen und dort schnell aufgestiegen. Nach ersten gewerkschaftspolitischen Funktionen als Vorsitzender des Personalrats der Polizei in Minden-Lübbecke und des Bezirkspersonalrats in Detmold wurde er im Juni 2003 zum Vorsitzenden des PHPR im Innenministerium gewählt.

GdP-Landesvorsitzender Frank Richter erinnerte bei der Verabschiedung daran, dass Uebler durch seine engagierte, sachkundige Arbeit einen wesentlichen Anteil daran gehabt hat, dass die GdP im Innenministerium als ein verlässlicher politischer Akteur geschätzt wird. In seine Amtszeit fiel nicht nur die end-

gültige Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei und die Einführung des Bachelor-Studiums, sondern auch das beste Wahlergebnis, dass die GdP in den vergangenen 20 Jahren bei einer Personalratswahl erzielt hat. Innenminister Ingo Wolf (FDP) erinnerte an die Rolle Ueblers beim Durchbruch des Deckelungsbeschlusses. Das sei ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats nicht möglich gewesen.

Herbert Uebler, der die Funktion des PHPR-Vorsitzenden bereits Ende vergangenen Jahres an Arnold Plickert abgegeben hatte, war zur Verabschiedung zusammen mit seiner Frau gekommen (Foto).

Senioren aktuell

Kreisgruppe Euskirchen

24. Juni, Ausflug Freizeit- und Naturpark „Mondo Verde“ in Landgraaf/Holland mit gemeinsamem Frühstück, Anmeldung und Info: Heinz Dederichs, Tel.: 0 24 47/91 11 40, Willi Marx, Tel.: 0 22 51/5 22 31

Kreisgruppe Gelsenkirchen

14. Juni, Seniorenseminar über Beihilfe, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Anmeldung: Tel.: 02 09/3 65 30 03

Kreisgruppe Köln

17. Juni, Mitgliederversammlung der Seniorengruppe, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg

Kreisgruppe Wuppertal

8. Juni, Seniorentreffen, Situationsbericht der KPW Wuppertal, Referent PR-Vorsitzender Peter Plate, Treffpunkt: 14.30 Uhr, Polizeiwache (Hintereingang), Schwelmer Str. 15 a, Wuppertal-Langerfeld

Regelmäßige Termine unter:
www.gdp-nrw.de

Werbeaktion 2010

Glücksnummern des Monats

45 17837
Björn Röbers, Neuss
45 18291
Laura Hofmann, Köln
45 18215
Lucas Fieg, Köln
45 18423
Alfons Lensing, Münster

Die Gewinner erhalten ein CARBON Schreibgeräte-Set.

NACHRUF

Balk, Luise	27. 12. 1923	Wesel	Opgenoorth, Anna	25. 2. 1919	Paderborn
Dondrup, Werner	10. 1. 1926	Gelsenkirchen	Prange, Käte	4. 6. 1923	Bochum
Dudler, Heinz	3. 2. 1924	Innenministerium NW	Reimer, Franz	10. 5. 1919	Köln
Eigenfeld, Rainer	24. 8. 1962	Wuppertal	Roger, Willi	26. 9. 1915	Herford
Gabriel, Johannes	30. 3. 1925	Dortmund	Schäfer, Hermann	2. 7. 1923	Essen/Mülheim
Glaser, Lene Margarete	15. 3. 1923	Wesel	Schmitz, Hans Otto	13. 10. 1926	Wesel
Glowatz, Hans	26. 11. 1935	Düsseldorf	Schott, Karl-Heinz	29. 5. 1924	Bonn
Grislawski, Erwin	4. 2. 1933	Selm	Sprunkel, Karl Heinz	13. 10. 1930	Oberbergischer Kreis
Heinrichs, Karl	7. 2. 1915	Aachen	Steinröx, Dorothee	4. 10. 1922	Bonn
Höffgen, Heinz	15. 4. 1925	Düsseldorf	Stienen, Maria Katharina	13. 11. 1921	Heinsberg
Klingenberg, Franziska	11. 12. 1920	Bochum	Stranz, Werner	31. 8. 1926	Oberbergischer Kreis
Kramer, Willi	17. 2. 1927	Oberhausen	Stupp, Arnold	9. 1. 1914	Wasserschutzpolizei NRW
Marciniak, Johann	5. 2. 1921	Dortmund	Twittenhoff, Heinrich	22. 9. 1931	Köln
Nacken, Franz	13. 6. 1921	LKA	Waschkowitz,		
Nittkowski, Siegfried	18. 7. 1937	Rheinisch Bergischer Kreis	Wolf Dietrich	17. 3. 1927	Bochum
Nowack, Herbert	16. 7. 1927	Aachen	Wengler, Wolfgang	14. 1. 1930	Münster
			Zinn, Rudolf	19. 12. 1925	Münster

